

Ende der Negativzinsendiskussion?

—
Jein!

RA Dr. Christian Wolf

Mai 2017

OGH 10 Ob 13/17k

Ausgangssituation

- Bank kündigt ihren Kreditnehmern in Informationsschreiben bereits im Februar 2015 an, den Sollzinssatz bei null „einfrieren“ zu wollen, sofern die Summe aus Aufschlag + (negativem) Indikator einen rechnerischen Sollzinssatz unter null ergeben sollte

OGH 10 Ob 13/17k

Ausgangssituation

- VKI klagt auf Unterlassung, weil
 - nachträglicher Ausschluss von Negativzinsen gegen das Gebot der Vertragstreue verstoßen würde und
 - Verstoß gegen das Gebot der Anpassungssymmetrie für Zinsgleitklauseln iSd § 6 Abs 1 Z 5 KSchG vorliege

OGH 10 Ob 13/17k

Ausgangssituation

- VKI argumentiert, dass
 - sich die Möglichkeit eines negativen Zinssatzes schon aus der vereinbarten Berechnungsmethode ergäbe und
 - die Zinsgleitklausel ja auch nach oben hin keine Deckelung vorsehe, sodass Bank Erhöhungen unbeschränkt auf den Verbraucher überwälzen könnte

OGH 10 Ob 13/17k

Ausgangssituation

- Bank entgegnet dem, dass schon eine einfache Vertragsauslegung ergäbe, dass ein Kreditvertrag nicht so verstanden werden kann, dass die Bank dem Kunden Kapital zur Verfügung stellt und dafür auch noch Zinsen bezahlen muss

OGH 10 Ob 13/17k

Beurteilung durch den OGH

- OGH stellt zunächst klar, dass
 - der Geschäftswille von Vertragsparteien durchaus dahin gehen kann, dass Negativzinsen nicht ausgeschlossen sein sollen, aber
 - im konkreten Fall nicht eine einzelvertragliche Vereinbarung zu beurteilen ist, sondern ob die Geschäftspraktik der beklagten Bank an sich gesetzwidrig ist

OGH 10 Ob 13/17k

Beurteilung durch den OGH

- Zur Vertragstreue:
 - Verstoß gegen das Gebot der Vertragstreue liegt nicht vor, weil der Grundsatz der Vertragstreue sich nicht aus einem bestimmten gesetzlichen Ge- oder Verbot ergibt, sondern vielmehr „nur“ eines von mehreren maßgebenden Prinzipien des Rechtsgeschäftsrechts darstellt

OGH 10 Ob 13/17k

Beurteilung durch den OGH

- Zur Anpassungssymmetrie:
 - Die bloße, sich aus dem Wortlaut allenfalls ergebende rechnerische Möglichkeit jedweden Zinssatzes darf nicht überbewertet werden
 - Allgemein ist einem Kreditvertrag ein übereinstimmender Parteiwille über Vertragsgegenstand und Vertragsinhalt dahingehend zu unterstellen, dass eine Zahlungsverpflichtung der kreditgebenden Bank an den Kreditnehmer ausgeschlossen ist

OGH 10 Ob 13/17k

Offene Frage

- Verrechnung der vertraglich vereinbarten Marge als Mindestentgelt für die Kreditgewährung zulässig?



Dr. Christian Wolf

Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Versicherungsvertragsrecht
- Makler- und
Anlageberaterhaftung
- Schadenersatz- und
Gewährleistungsrecht
- Zivilprozessrecht

SCHERBAUMSEEBACHER Rechtsanwälte GmbH

Schmiedgasse 2, 8010 Graz

T +43 (0)316 832460; Mail: wolf.christian@scherbaum-seebacher.at; www.scherbaum-seebacher.at